Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes Borken, von Bürgermeisterämtern und Aemtern des Kreises Borken.

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstr. 14. Fernsprech-Sammel-Nr. 3054. — Rhede: Jos. Heinrichs. — Anholt: W. Wolfsing. — Werth: Th. Parras. — Isselburg: Johann Welling. Ringenberg: Schniedertöns. — Dingden: Willy Schmitz.

Organ der Zentrumspartei.

Postversandort: Dortmund.

Bocholter-Borkener Volksblatt

Rheder Volkszeitung. Amtliches Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt u. des Landkreises Borken. Anholter u. Isselburger Zeitung.

Postverlagsort: Bocholt.

Bezugspreise im Monat: Abgeholt von der Geschäftsst. M 2.—, ins Haus gebracht einschl. 35 Pfg. Botenlohn 2.35, durch die Post einschl. 42 Pfg. Bestellg. 2.52. In Fällen höherer Gewalt, wie Streik, Sperre, Betriebsstörung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung od. Rückzahl.

Anzeigenpreise: Für das einspaltige Millimeter 12 Pfg., lokale Anzeigen 7,7 Pfg. Familienanzeigen 7,7 Pfg., kleine (Gelegenheits-) Anzeigen 6,6 Pfg., behördliche und parteipolitische Anzeigen 10 Pfg. Für den allgemeinen (Zeno-) Teil gelten besondere Tarife.

Bei Klageerhebung, Vergleichen Konkursen fällt der bewilligte Rabatt fort. — Gerichtsstand für beide Teile Bocholt.

Nummer 35 | Samstag, den 4. Februar 1933 | Jahrgang 1933

Tagesfragen.

Wenn der Landtag die Auflösung ablehnt . . .

Wie ein parlamentarisches Nachrichtenbüro meldet, laufen in preußischen parlamentarischen Kreisen zahlreiche Gerüchte über die Form um, nach der die Landtagsauflösung heute angeblich verfügt werden soll, wenn sich herausstellt, daß eine Landtagsmehrheit gegen den Auflösungsantrag der Nationalsozialisten sich wendet. Von allen diesen Gerüchten behaupten sich im wesentlichen zwei Andeutungen. Die eine will wissen, daß im Falle des Versagens einer Landtagsmehrheit das sogenannte Drei-Männer-Kollegium die Auflösung verkünden werde. Um dies jedoch zu erreichen, würde es notwendig sein, festzustellen, daß im Falle des Versagens einer Landtagsmehrheit das sogenannte Drei-Männer-Kollegium die Auflösung verkünden werde. Um dies jedoch zu erreichen, würde es notwendig sein, festzustellen, daß nicht mehr der Ministerpräsident der Hoheitsregierung, sondern an seiner Stelle der Reichskommissar Mitglied des Drei-Männer-Kollegiums sei. Man würde dann also an Stelle des Ministerpräsidenten Braun den Reichskommissar von Papen für berechtigt erklären, dem Drei-Männer-Kollegium anzugehören. Dieses Kollegium würde sich dann zusammensetzen aus dem Landtagspräsidenten Kerrl und dem Reichskommissar von Papen, die beide für die Auflösung eintreten, sowie dem Staatsratspräsidenten Adenauer, der mit dem Zentrum eine Auflösung im gegenwärtigen Augenblick für nicht tunlich halten dürfte. Nach dem Urteil des Staatsgerichtshofes in dem Konflikt zwischen Preußen und dem Reich kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Verdrängung des preußischen Ministerpräsidenten durch den Reichskommissar in dem Drei-Männer-Kollegium verfassungswidrig und der Auflösungsbeschluß dieses Kollegiums ungültig sein würde. Die Zugehörigkeit des Ministerpräsidenten zu diesem Kollegium ist eines der Hoheitsrechte der preußischen Landesregierung, deren Antastung der Staatsgerichtshof untersagt hat. Uebrigens spricht eine Meldung unserer Berliner Redaktion, wonach der Landtagspräsident Kerrl auf Samstag nachmittag 3 Uhr den Präsidenten des preußischen Staatsrates Adenauer und den preußischen Ministerpräsidenten Braun zu einer Sitzung des Drei-Männer-Kollegiums eingeladen hat, gegen die angebliche Absicht von Papens, Braun hieraus zu verdrängen. Die zweite im Vordergrund stehende Vermutung ist die, daß der Reichskommissar die Landtagsauflösung von sich aus verfügen werde, gestützt auf die Dietramszeller Sparermächtigung des Reichspräsidenten. In einem solchen Falle denke man sich die Argumentation so, daß der gegenwärtige Preußische Landtag aus Sparsamkeitsgründen aufgelöst werden müsse, weil er unfähig sei, seine in der Verfassung vorgesehene Aufgabe einer Regierungsbildung zu erfüllen und weil infolgedessen der finanzielle Aufwand nicht mehr verantwortet werden könnte, denn ein so unfähiges Parlament in diesen wirtschaftlich schweren Zeiten der Staatskasse auferlege. Hierzu ist zu sagen, daß eine Landtagsauflösung sich auf Grund der Dietramszeller Verordnung nicht durchführen läßt, weil alle Möglichkeiten für die Auflösung des Parlamentes eindeutig in Verfassung und Gesetzen festgelegt sind. Außerdem beruht die Unfähigkeit des Parlaments, einen Ministerpräsidenten zu wählen und damit die Regierungsbildung zu ermöglichen, lediglich auf dem schlechten Willen der Fraktion, die die Auflösung des Landtages beantragt hat. Eine verfassungsmäßige Regierung besteht im übrigen in Preußen, wenn auch nur als eine durch das Reich in ihrer Tätigkeit behinderte geschäftsführende Regierung. Niemand anders als die kommissarische Regierung ist es, die, um die Regierung Braun kaltzustellen, den erhöhten finanziellen Aufwand verursacht. Auf Grund der Dietramszeller Notverordnung kann ebensowenig die Hoheitsregierung beseitigt wie der Landtag aufgelöst werden, ganz abgesehen davon, daß die Landtagswahl wenigstens doppelt soviel Kosten verursachen würde wie die Hoheitsregierung in einem ganzen Jahre. Eine Aeußerung des Reichskommissars von Papen im Sinne der Mitteilungen des oben erwähnten Nachrichtenbüros liegt übrigens bis zur Stunde nicht vor. Wohl verbreitet die Telegraphen-Union eine Meldung, wonach man es in Kreisen der kommissarischen Regierung vorzieht, „zunächst das Ergebnis der Landtagssitzung am Samstag abzuwarten, um dann das zu unternehmen, was notwendig ist." Diese Aeußerung kann nicht anders gedeutet werden, als daß die kommissarische Regierung entschlossen ist, irgendwie die Auflösung des Landtages und seine Neuwahl zu erzwingen. Nach einer Information des Conti-Nachrichten-Büros soll das auf dem Umweg über die Gemeindewahlen geschehen, die nach dem „Angriff" den Reichstagswahlen acht Tage später folgen sollen. Der Gedankengang dabei sieht folgendermaßen aus: Die Gemeindeparlamente wählen die Provinziallandtage, diese den Staatsrat und der Staatsrat schließlich seinen Präsidenten. Er ist Mitglied des Dreimännerkollegiums, das die Auflösung des Landtages herbeiführen kann. Augenblicklich ist sie nicht möglich, weil Oberbürgermeister Adenauer als Präsident des Staatsrates kaum für die Auflösung zu haben sein würde. An seiner Stelle müßte also schon ein nationalsozialistischer Präsident gewählt werden. Er würde zusammen mit dem Landtagspräsidenten die Auflösung beschließen können. Dieser Weg zur Auflösung wäre natürlich weiter. Die gleichzeitige Wahl in Reich und Preußen würde sich dann selbstverständlich nicht machen lassen. Es müßte vielmehr zum Preußischen Landtag zu einem späteren Zeitpunkt gewählt werden. Durchaus strittig ist aber, ob die kommissarische Regierung das Recht hat, diese Wahlen vorzeitig anzuordnen. Wir bezweifeln es. Nur wenn ein triftiger lokaler Anlaß vorliegt, kann jeweils eine Neuwahl in Frage kommen.

★

Der falsch informierte Reichspräsident.

Die Schreiben des Zentrumsführers Dr. Kaas und das Einspruchstelegramm des Vorsitzenden der Bayrischen Volkspartei Staatsrat Schäffer legen einwandfrei die Verantwortlichkeit für die übereilte Auflösung des Reichstages dar. Die Fragen des Zentrums, so ergibt sich aus dem Briefwechsel, sollten dem Reichskanzler die Möglichkeit bieten, das Zentrum zur Tolerierung zu veranlassen. Hitlers Wunsch ging auf eine Selbstvertagung des Reichstags um ein Jahr. Das Zentrum und die Bayrische Volkspartei waren, wie der Briefwechsel wiedergibt, grundsätzlich nicht abgeneigt. Sie wünschten freilich begreiflicherweise Sicherungen gegen verfassungswidrige, wirtschaftsschädigende, sozialreaktionäre und währungsgefährdende Experimente. Der Reichskanzler behauptet in seinem Brief an Kaas, er habe soviel Fragen nicht erwartet, und eine Diskussion über die aufgeworfenen Fragen würde verbittern, wenn man nicht vorher die Zustimmung des Zentrums zur Tolerierung in der Tasche hätte. Kaas wiederum meint, erst müsse man wissen, was man tolerieren solle, und dann käme die Entscheidung. Wäre bei Hitler die Sehnsucht, im Begeisterungsrausch seiner Anhänger und im Schein der Fackelzüge einen raschen Wahlsieg zu erfechten, nicht stärker gewesen als der Wunsch, das Zentrum und die Bayrische Volkspartei zur Verstärkung der Regierungsbasis zu gewinnen, so würde er den Faden wohl weiter gesponnen haben. Da aber die Inganghaltung der nationalsozialistischen Bewegung alle anderen Gedanken zurückdrängte, ging er mit dem Vizekanzler von Papen zu Hindenburg, berichtete ihm, daß sich die Bildung einer arbeitsfähigen Mehrheit als nicht möglich herausgestellt habe, und erreichte dadurch die Auflösung des Reichstages. Außer Kaas und Schäffer hat auch der bayrische Ministerpräsident Held, und zwar in einer Rede in Eichstädt, gegen den Vizekanzler von Papen den Vorwurf erhoben, daß er als Beauftragter des Reichspräsidenten für die Kabinettsbildung das Zentrum und die Bayrische Volkspartei bewußt ausgeschaltet hat.

Die Vorfälle beim Sturz des Reichskanzlers Schleicher hätten ihn, so führte Held aus, aufs schwerste erschüttert, weil zu erkennen gewesen sei, daß nicht die Rücksicht auf das Gesamtwohl des deutschen Volkes, sondern persönliche Eifersüchteleien und Strebereien und die Gerüchtemacherei schließlich den Ausschlag gegeben hätten. Auf daß keine Geschichtslüge aufkomme, wolle er gegenüber tendenziösen Ausstreuungen feststellen, daß weder das Zentrum noch die Bayerische Volkspartei über die Bildung eines neuen Reichskabinetts befragt worden seien. Würde man einen ehrlichen Versuch hierzu gemacht haben, so würden beide Parteien unter gewissen Sicherungen und Garantien schließlich bereit gewesen sein, das große Opfer zu bringen, verantwortlich mitzutun. So aber, wie es geschehen sei, sei die neue Regierung keine Regierung der nationalen Konzentration, sondern in nationaler Hinsicht nur ein Rumpfkabinett. Mit Nachdruck müsse er sich dagegen wenden, daß die Leute um Papen, Hugenberg und Hitler eine Zweiteilung des deutschen Volkes vornehmen und für sich allein das Prädikat „national" beanspruchen. Die sofortige Auflösung des Reichstages sei ohne jeglichen Grund geschehen. Angesichts der Tatsache, daß Hindenburg erst vor einigen Tagen Schleicher die Vollmacht zur Auflösung des Parlaments verweigert habe, müsse er als bayrischer Ministerpräsident die Frage aufwerfen: „Wer hat die Kühnheit besessen, den Reichspräsidenten Paul von Hindenburg so falsch zu informieren, daß es unmöglich sei, im Reichstag eine Mehrheit für eine nationale Konzentration zu finden?" Das deutsche Volk habe das ureigenste Interesse daran, daß diese Frage klar und eindeutig beantwortet werde.

Im übrigen unterzog Ministerpräsident Held den Aufruf der neuen Regierung, den Hitler im Rundfunk verkündet hat, einer sachlich außerordentlich scharfen Kritik. Diese Proklamation sei nichts anderes als eine Sammlung von unsubstanziierten Versprechungen, eine Wiederholung von Prophezeiungen, wie man sie jahraus, jahrein von parteipolitischen Agitatoren zu hören bekomme. Mit Versprechungen allein aber, auch wenn sie von einer Reichsregierung kommen, sei dem schwer leidenden deutschen Volk gar nichts getan. Mit sachlicher Schärfe wies der Ministerpräsident die Behauptung zurück, daß allein der Marxismus das deutsche Elend verschuldet habe, und er bezeichnete es als eine Unaufrichtigkeit, daß die Proklamation es unterlassen habe, darauf hinzuweisen, daß die Hauptursache unserer Not der Verlust des Weltkrieges sei. Zu der Kopie des sowjetrussischen „Vierjahresplans" sagte

Am 12. März Gemeinde- und Provinziallandtagswahlen?

Zur Erzwingung einer anderen Zusammensetzung des Staatsrats.

:: **Berlin**, 3. Februar.

In unterrichteten Kreisen wird dem Nachrichtenbüro des VDZ erklärt, die maßgebenden Stellen der Reichs- und der kommissarischen preußischen Regierung hätten die Absicht, bei den am 5. März durchzuführenden Neuwahlen zum Reichstag nicht nur gleichzeitig die Neuwahl für den Preußischen Landtag auf jeden Fall mitanzusetzen, sondern auch darüber hinaus diejenigen provinziellen und kommunalen Körperschaften neu wählen zu lassen, die von sich aus die Zusammensetzung des Preußischen Staatsrates bestimmen. Es habe sich in der Vergangenheit sehr oft als unzweckmäßig und die politische Arbeit hemmend erwiesen, daß der Preußische Staatsrat, der bereits seit mehreren Jahren in der gegenwärtigen Zusammensetzung unverändert besteht, noch nicht den Ausdruck des Volkswillens aus der jüngsten Zeit Rechnung trage. Aus diesem Grunde und zugleich aus Ersparnisgründen denke man daran, auch die Provinziallandtage und die in Frage kommenden kommunalen Körperschaften am 5. März mit zur Neuwahl zu stellen. (Auf Grund welcher Verfassungsbestimmung die Reichsregierung und die kommissarische preußische Staatsregierung diese Wahlen anordnen will, ist uns unklar. Vergl. unsere Bemerkungen „Wenn der Landtag die Auflösung ablehnt" unter Tagesfragen. Die Redaktion.)

Wie der nationalsozialistische „Angriff" von zuständiger Stelle erfährt, besteht die Absicht, so schnell wie möglich kommunale Neuwahlen in ganz Preußen durchzuführen. Sämtliche gemeindliche Vertretungen würden damit der Auflösung verfallen, da sie zum allergrößten Teil in ihrer Zusammensetzung des Volkswillens nicht mehr entsprächen. Eine allgemeine kommunale Neuwahl würde auch deshalb ins Auge gefaßt, weil nicht nur in Berlin, sondern auch in anderen Orten Preußens die überalterten Parlamente jetzt noch immer Wahlen von Bürgermeistern, Stadträten und Magistratsvertretern vornehmen könnten. Aus praktischen Gründen sei erwogen worden, die Gemeindewahlen am selben Tage wie die Reichstagswahl vornehmen zu lassen. Dem stehe jedoch eine Reihe technischer Schwierigkeiten entgegen. In dem Bestreben, reinen Tisch zu machen, wolle man nämlich nicht nur die eigentlichen Gemeindevertretungen, sondern auch die Amtsbezirksversammlungen, Provinziallandtage und die Kreistage neu wählen zu lassen. Man werde deshalb wahrscheinlich zu dem Beschlusse kommen, die Gemeindewahlen eine Woche nach den Reichs- und Landtagswahlen, am 12. März, durchzuführen. Der an sich schon kurze Wahlkampf würde damit nur um eine Woche verlängert. Insgesamt würden dann an diesem Tage rund 30 000 kommunale Vertretungskörper Preußens neu gewählt werden. Wie der „Angriff" weiter erfährt, ist mit dem Erlaß der entsprechenden Bestimmungen noch im Laufe der nächsten Woche zu rechnen.

Die Telegraphen-Union meldet hierzu, eine Bestätigung der Meldung, daß am 12. März in Preußen Gemeindewahlen stattfinden würden, sei nicht erhältlich. Das schließt natürlich nicht aus, daß die Meldung des „Angriffs" vielleicht doch noch zutreffen werden könnte.

Was Frick und Göring lieber gewesen wäre.

Rosenberg attackiert das Zentrum.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 3. Februar (Drahtb.)

Eine Glanzleistung gegen das Zentrum findet sich in der Freitagausgabe des „Völkischen Beobachters". Dieses Blatt Hitlers schreibt u. a.:

„Das Zentrum hat jede wirkliche Mitarbeit in dem Kabinett der nationalen Konzentration abgelehnt, obgleich der Posten eines Reichsjustizministers noch offen gelassen worden war, um selbst dem Zentrum noch die letzte Möglichkeit zu geben, Anschluß an Deutschland zu finden. Die schnelle Antwort, die diesen Brüdern auf ihr Plänchen jetzt durch Adolf Hitler gegeben worden ist, versetzt das Zentrum in eine wenig beneidenswerte, aber umso eindeutigere Situation: es befindet sich auf Seiten der Hilferding und Dittmann und Crispien, darüber hinaus im einheitlichen Kampf des roten Bolschewismus gegen die deutsche Nation . . . Man muß sich darüber klar sein, daß diesmal mit dem Reichspräsidenten und Adolf Hitler eine Front aufgerichtet worden ist, die es völlig ausschließt, daß irgendjemand sich ihr in Opposition gegenüberstellen und dabei noch den Anspruch auf Vertretung nationaler Politik machen könnte."

Der Verfasser dieses Artikels ist der Chefredakteur des „Völkischen Beobachters" und heißt Alfred Rosenberg, von Geburt ein Balte. Er besaß somit früher die russische Staatsangehörigkeit und erst nach dem Krieg wurde er mit sich darüber einig, daß er bei der Erwerbung der deutschen Staatsangehörigkeit besser führe. Ausgerechnet er fühlt sich dazu berufen, dem Zentrum nationalen Willen abzusprechen, wenn es nicht unbesehen eine nationalsozialistisch-deutschnationale Regierung auf mindestens ein Jahr tolerieren will, oder wenn es nicht bereit ist, gnädig mit den hingeworfenen letzten Brocken, d. h. mit dem Posten des Reichsjustizministers zufrieden zu sein. Die Behauptung, daß das Zentrum sich durch seine Haltung an die Seite der Sozialdemokraten und des Bolschewismus stelle, ist von so niederträchtiger Art, daß sie gar keiner Erwiderung bedarf. Der Verfasser des Artikels hat aber offenbar den Brief des Reichskanzlers Hitler an den Prälaten Dr. Kaas nicht ganz gelesen, denn sonst hätte er doch merken müssen, daß der Reichskanzler die persönlichen Beziehungen zu Dr. Kaas und zu Dr. Brüning nicht abreißen will und daß er darüber hinaus noch hofft, daß „in einer vielleicht nicht zu fernen Zeit eine Verbreiterung unserer Front zur Beseitigung der drohenden innenpolitischen Gefahren in unserm Volke stattfinden könnte." Wir wollen Rosenberg darüber hinaus noch verraten, daß es auch führende Nationalsozialisten gibt, die durchaus nicht mit ganzem Herzen bei der Sache der „nationalen Konzentration" sind. Es hat sich nämlich folgendes ereignet:

Am Montag, dem 30. Januar, kurz vor Beginn der Sitzung des Aeltestenrates des Reichstages, trafen sich die Vertreter des Zentrums Dr. Bell und Dr. Perlitius mit den Vertretern der Nationalsozialisten Dr. Frick und Abgeordneten Göring. Bei dieser Gelegenheit erklärten die beiden Nationalsozialisten, sie seien durch die Entwicklung, d. h. durch die plötzliche Ernennung Hitlers zum Reichskanzler selbst überrascht worden. Viel lieber hätten sie die Sache mit dem Zentrum gemacht. Daß sie gegen das Zentrum nichts hätten, gehe schon daraus hervor, daß sie in Preußen mit guten Aussichten auf Erfolg miteinander verhandlt hätten, und wenn es in Preußen zu nichts gekommen sei, so trügen nicht die Nationalsozialisten die Schuld, sondern der damalige Kommissar Dr. Bracht habe alles zerschlagen.

Man darf wohl annehmen, daß die Minister Dr. Frick und Göring zu ihren am letzten Montag gesprochenen Worten stehen. Dann müßten sie aber auch die Verpflichtung übernehmen, dem Reichskanzler klar zu machen, daß es durchaus keine nationale Tat ist, wenn sein Organ, der „Völkische Beobachter", in üblester Weise die Tatsachen entstellt, eine nationale Partei, wie es das Zentrum ist, in gemeinster Form verleumdet und die Kluft aufreißt, die, wie aus den Briefen des Reichskanzlers und des Prälaten Kaas hervorgeht, nach Möglichkeit wieder geschlossen werden sollte.

Kandidiert von Papen zum Reichstag?

Berlin, 3. Februar.

Nach der „B. Z. am Mittag" soll Vizekanzler von Papen, wie Reichskanzler Hitler, die Absicht haben, für den Reichstag zu kandidieren. Und zwar hörte man, daß er in einem Wahlkreis des Westens an der Spitze einer deutschnationalen Liste aufgestellt werden möchte, ohne allerdings Parteimitglied zu werden. Es müßte sich also um eine Art Hospitanten-Verhältnis zur Deutschnationalen Partei handeln. — Bei dem „Wahlkreis des Westens" könnte es sich nur um Westfalen-Nord handeln, wo aber bisher Hugenberg deutschnationaler Spitzenkandidat war. Von deutschnationaler Seite liegt bisher keine Bestätigung der Meldung der „B. Z." vor.

Held, daß er ihr mit erheblichem Zweifel gegenüberstehe. Unwahrhaftig sei es, die Dinge so hinzustellen, als ob jemand imstande sei, dem deutschen Volk wieder ein Leben in Schönheit und Würde zu verschaffen. Auch Hitler werde dies nicht vollbringen können. — Einen ganz besonderen Dreh hat die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" gefunden, um ihre These zu beweisen, daß das Zentrum nicht gewollt habe. Kaas habe, so behauptet dieses schwerindustrielle, dem neuen Kabinett mit Haut und Haaren verschriebene Blatt, die Reichsregierung von vornherein auf ein Zentrumsprogramm festlegen wollen und darum habe er „in fast ultimativer Form seine Forderungen von a bis l aufgegliedert." Selbst Hitler bestreitet nicht, daß die Fixierung der Fragen auf seinen Wunsch erfolgt ist, und wenn man schon „von ultimativer Form" sprechen will, dann trifft sie doch höchstens darauf zu, daß Kaas die Fragen bis nachmittags 5 Uhr dem Reichskanzler zukommen lassen mußte. Ebenso abwegig ist die Entrüstung desselben Blattes darüber, daß Kaas trotz der Vereidigung des Reichskabinetts auf die Verfassung bindende Zusicherungen dafür verlangt habe, daß nicht „in einem besonderen Fall" verfassungswidrige Maßnahmen getroffen würden. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" verschweigt, um welchen „besonderen Fall" es sich handelt. Kaas nennt ihn ganz klar, den sogenannten Staatsnotstand, den bekanntlich gewisse Rechtskreise, indem sie sich die von den ersten deutschen Staatsrechtslehrern aufs entschiedenste bestrittene Konstruktion des jetzt nach Köln berufenen Professors Karl Schmidt zu eigen machen, als ausreichend für alle möglichen Maßnahmen hinstellen, die auf Grund des Artikels 48 nicht getroffen werden können, aber unter der Konstruktion des Staatsnotstandes nicht verfassungswidrig sein sollen. Daß das nicht angängig ist, hat bekanntlich das Urteil des Staatsgerichtshofes in dem Konflikt zwischen Preußen und dem Reich mit aller Deutlichkeit erklärt. Das Zentrum hatte den guten Willen zu loyaler Mitarbeit, aber eine Berücksichtigung dieses guten Willens paßte nicht in das Regierungsgebäude, das die wiedervereinten Harzburger errichten wollten. Darum wurden die Fragen des Prälaten Kaas als Beweis nicht vorhandener Bereitschaft hingestellt und dadurch erreichte Hitler die Auflösung des Reichstags. Der namentlich von deutschnationaler Seite erhobenen Forderung, fürs erste keine Neuwahlen anzuberaumen, hat sich allerdings der Reichspräsident widersetzt, er hat sich nicht von der Beachtung der Verfassungsvorschrift abbringen lassen, nach der die Neuwahl spätestens am sechzigsten Tage der Auflösung folgen muß. Dies erscheint uns immerhin als eine Feststellung, die Beachtung verdient.

Die Gerüchte um den Militärputsch.

Alvensleben und Hammerstein.

× **Berlin**, 3. Februar.

Der Präsident des Herrenklubs, v. Alvensleben, veröffentlicht in den Abendblättern eine Erklärung, in der er sich mit den Gerüchten und Behauptungen beschäftigt, die in Zusammenhang mit der Regierungsbildung in der englischen Presse in Umlauf waren und in denen auch er als Mittelsmann genannt worden ist.

v. Alvensleben führt aus, ihm sei in jenen Tagen von maßgeblicher Seite die Situation so dargestellt worden, als ob Hitler die Vorschläge Papens zur Bildung einer Regierung Papen-Hugenberg-Hitler nicht akzeptieren würde und daß dann auf Grund der Ablehnung Hitlers ein autoritäres Kabinett Papen-Hugenberg ernannt werden sollte. In einer derartigen Lösung hätte er eine ungeheure Gefahr erblickt und geglaubt, unter solchen Umständen mit allen zulässigen Mitteln darauf hinwirken zu müssen, daß Hitler mit der Kanzlerschaft betraut würde. Er habe in diesem Sinne mehrere hervorragende Persönlichkeiten der NSDAP. gesprochen und bei der Gelegenheit auch seiner Auffassung Ausdruck gegeben, daß man Menschen, die den Feldmarschall zu einem Schritt bringen wollten, unter Ausschaltung der NSDAP. ein rein deutschnationales Kabinett zu ernennen, am besten verhaften sollte. Er habe auch seiner Meinung Ausdruck gegeben, daß die Armee, wenn sie bei den unausbleiblichen Folgen gegen 90 Prozent des Volkes auftreten müsse, zerrieben würde und daß die Armee unter keinen Umständen in eine derartige Lage gebracht werden dürfe.

Aus diesen seinen Unterhaltungen seien unrichtige Schlüsse gezogen worden, als hätte er die Idee gehabt, eine Regierungsbildung Hitler-Papen-Hugenberg zu verhindern. Genau das Gegenteil sei der Fall. Wenn durch diese seine Unterhaltungen der Entschluß, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen, gefördert worden ist, so sei in der Tat das erreicht worden, was seiner Ueberzeugung nach erreicht werden mußte.

Zu dieser halben Angelegenheit liegt bekanntlich bereits eine Erklärung des früheren Reichskanzlers von Schleicher vor. (Vergl. unsere Ausgabe vom 2. Febr.) Ergänzend sei dazu noch folgende Information wiedergegeben: „Es ist selbstverständlich kein Wort daran wahr, daß die Bildung des Kabinetts Hitler durch einen „Militärputsch" des früheren Reichskanzlers von Schleicher verhindert werden sollte. Aber es trifft doch zu, daß der Chef der Heeresleitung General von Hammerstein in der Tat im Namen der Generalität beim Reichspräsidenten vorstellig wurde, um auf die schweren Bedenken des Offizierkorps gegen eine nichtfachmännische Besetzung des Reichswehrministeriums hinzuweisen. Herr von Hammerstein ist mit seiner Warnung von Herrn von Hindenburg nicht gerade gnädig aufgenommen worden. Aber die sachlichen Gründe, die er anführte, haben doch einen so starken Eindruck bei den verantwortlichen Stellen hinterlassen, daß sowohl der Wunsch Adolf Hitlers nach einer Besetzung des Postens des Reichswehrministers durch einen Nationalsozialisten abgelehnt wurde, genau so wie der Wunsch des Stahlhelms, Herrn Seldte mit der Leitung des Reichswehrministeriums zu beauftragen. Aus diesem Schritt des Chefs der Heeresleitung wurde in der undurchsichtigen Atmosphäre das Gerücht eines beabsichtigten Militärputsches der Potsdamer Garnison fabriziert. Man sah darin das Anzeichen eines gefährlichen Gegenstoßes des ehemaligen Reichskanzlers von Schleicher. Als dieses Gerücht nun auch bis zu den Nationalsozialisten hinüberdrang, gab auch Adolf Hitler seine Einwendungen gegen eine Einigung mit Herrn von Papen und Herrn von Hugenberg auf. Es schien eine weit größere Gefahr zu drohen, und, obwohl sie gar nicht vorhanden war, kam es dann zu jener Einigung noch in der Nacht, aus der am darauf folgenden Montag die Ernennung des Kabinetts Hitler hervorwuchs."

Abänderung des nationalsozialistischen Auflösungsantrags.

Ständiger Ausschuß des Preußischen Landtages einberufen.

:: **Berlin**, 3. Februar.

Präsident Kerrl hat, wie das Nachrichtenbüro des VDZ meldet, den Ständigen Ausschuß des Preußischen Landtags für den Fall der Annahme des nationalsozialistischen Auflösungsantrages für Sonnabend nachmittag, eine Stunde nach Schluß der Vollsitzung, einberufen. Da nach dem preußischen Landeswahlgesetz der Tag der Neuwahl „vom Staatsministerium in Einvernehmen mit dem Ständigen Ausschuß des Landtages" bestimmt wird, soll dem Ständigen Ausschuß in dieser Sitzung Gelegenheit gegeben werden, seine Ansicht hinsichtlich des Zeitpunktes der Neuwahl zu äußern, vorausgesetzt natürlich, daß der Landtag seine Auflösung beschließt.

Die nationalsozialistische Fraktion des Preußischen Landtages hat ihren Auflösungsantrag, der die sofortige Auflösung des Landtages verlangt, dahin geändert, daß die Auflösung erst am 4. März in Kraft treten soll. Wie der Parlamentsdienst der Telegraphen-Union hört, ist diese Aenderung erfolgt, um den Abgeordneten im Wahlkampf ihre Freifahrkarten zu erhalten. Mehrkosten gegenüber einer sofortigen Auflösung des Landtages entstehen dadurch hinsichtlich der Freifahrten nicht, da die Reichsbahn auf Grund des Abkommens über das Aufgehen der preußisch-hessischen Staatseisenbahnen in die Reichsbahn zur unentgeltlichen Bereitstellung der Abgeordneten-Freikarten verpflichtet ist.

Was die am Sonnabend vom Preußischen Landtag zu treffende Entscheidung über den nationalsozialistischen Auflösungsantrag angeht, so ist auch jetzt noch nicht mit Sicherheit zu sagen, welche Haltung die kommunistische Fraktion einnehmen wird. Die Kommunisten haben, wie in ihren Kreisen erklärt wird, kein Interesse an einer vorzeitigen Bekanntgabe ihrer Stellungnahme, da sie den andern Parteien keine Gelegenheit geben wollen, sich schon vorher auf die kommunistische Haltung einzustellen.

Am Dienstag Ueberwachungsausschuß.

¶ **Berlin**, 3. Februar.

Der Reichstagsausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung ist von seinem Vorsitzenden, dem Abgeordneten Löbe (Soz.), für Dienstag 11 Uhr einberufen worden. Zur Beratung steht zunächst ein Antrag der Sozialdemokraten auf Sicherung der Wahlfreiheit. Als zweiten Punkt erhält die Tagesordnung Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten über die Untersuchung der Osthilfe. Es wird beantragt, den Ueberwachungsausschuß in einen Untersuchungsausschuß umzuwandeln, um die Nachprüfung der Osthilfeakten, die in einem Unterausschuß begonnen worden war, fortzusetzen.

Der sozialdemokratische Wahlaufruf.

Der „Vorwärts" auf drei Tage verboten.

= **Berlin**, 3. Februar.

Angesichts der kurzen Zeit des vor uns liegenden Wahlkampfes — der kürzeste, der jemals durchgefochten wurde — ist es nicht verwunderlich, daß schon am ersten Tage nach der Auflösung des Reichstages der Kampf beginnt. Die Sozialdemokratische Partei hat bereits ihren Wahlaufruf herausgegeben, der zum Angriff der „Freiheitsfront" gegen die „Harzburgerfront" auffordert. An dem Aufruf, der selbstverständlich eine sehr scharfe Polemik gegen die Männer der neuen Regierung darstellt, und der sich vor allem gegen den Vorwurf „Novemberverbrecher" wendet, ist besonders bemerkenswert, daß er für Enteignung des Großgrundbesitzes und Aufteilung des Landes an Bauern und Landarbeiter, für Enteignung der Schwerindustrie und für den Aufbau einer sozialistischen Plan- und Bedarfswirtschaft eintritt. Die SPD. verläßt damit die Maßhaltung, die sie sich in den vergangenen Jahren angelegen sein ließ, und kehrt zu den ursprünglichen Forderungen des Erfurter Programms zurück. Auch ein Erfolg des neuen Regierungskurses!

Der sozialdemokratische „Vorwärts" ist auf drei Tage verboten worden. Das Verbot ist wegen der Verbreitung des Wahlaufrufes der SPD. erfolgt. In der Begründung heißt es u. a.: „In der Morgenausgabe Nr. 57 A 29. 50. Jahrgang befindet sich in dem Aufruf auf der Titelseite unter der Ueberschrift „Deutsches Volk, Frauen und Männer!" u. a. folgende Sätze: Gegen solche Pläne rufen wir Euch zum Kampf, wehrt Euch! Schützt Euer Selbstbestimmungsrecht als Staatsbürger, erhebt Euch gegen Euere Bedränger, gegen die feinen Leute, die hauchdünne Oberschicht des Großkapitals. Zerbrecht ihre politische und wirtschaftliche Macht. Kämpft darum mit uns für die Enteignung des Großgrundbesitzes und die Aufteilung des Landes an Bauern und Landarbeiter. Kämpft mit uns für die Enteignung der Schwerindustrie, für den Aufbau einer sozialistischen Plan- und Bedarfswirtschaft. — Durch diese Ausführungen wird im Zusammenhang mit dem Inhalt der Ausführungen des gesamten Aufrufes der Tatbestand des § 85 RStGB in Verbindung des § 81 Ziffer 2 des RStGB erfüllt."

Hitler an der Spitze sämtlicher Listen der NSDAP.

CNB **Berlin**, 3. Februar.

Die Reichspressestelle der NSDAP teilt mit, daß am Donnerstag in Berlin in Anwesenheit Hitlers eine Gauleiter- und Amtswaltertagung der NSDAP stattgefunden habe, auf der die Richtlinien für den Wahlkampf gegeben wurden. Hitler hielt bei dieser Gelegenheit eine Rede, in der er sagte, dem Gegner dürfe keine Zeit gelassen werden, sondern die NSDAP werde mit einer Vehemenz ohnegleichen, unverzüglich zum Angriff übergehen und ihre Propaganda nach größten Gesichtspunkten einsetzen. Er selbst werde sich in diesem Wahlkampf vor die Partei stellen und an der Spitze sämtlicher Listen der NSDAP kandidieren.

Der bisherige Leiter der Pressestelle der Preußischen Staatsregierung, Dr. von Carlowitz, ist aus seiner Stellung ausgeschieden. Ein Nachfolger ist noch nicht ernannt.

England gegen den französischen Abrüstungs- und Sicherheitsplan.

Sogar Belgien hat Bedenken.

● **Genf**, 3. Februar.

Im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz brachte am Freitag der Staatssekretär des Auswärtigen, Eden, den Standpunkt der englischen Regierung zum französischen Abrüstungs- und Sicherheitsplan zum Ausdruck. Die Erklärung war eine Absage an die Adresse Frankreichs. Eden betonte,

man dürfe bei der von Frankreich geforderten Behandlung des Sicherheitsproblems die Bedeutung der bereits bestehenden Sicherheitsgarantien nicht übersehen, die von großer praktischer Bedeutung seien.

Hierzu gehöre der Völkerbundspakt, der Kellogg-Pakt und der Vertrag von Locarno. Locarno gewähre eine tatsächliche Sicherheit, die Westeuropa zu gute komme. Die englische Regierung habe damals das Ideal eines allgemeinen Sicherheitspaktes aufgegeben und es für zweckmäßiger gehalten, ein System von Sicherheitsabkommen im Interesse bestimmter lokaler Sicherheitsbedürfnisse auszuarbeiten.

Eden bemängelte dann die Bemerkung Aloisis über die Bedeutung Englands für das mitteleuropäische Sicherheitsverhältnis und erklärte, die englische Regierung sei nicht in der Lage, über die im Locarno-Vertrag eingegangenen Verpflichtungen hinauszugehen.

Im Gegensatz zu dem französischen Plan bezeichnete Eden die Notwendigkeit einer allgemeinen sofortigen Herabsetzung aller Rüstungen als die entscheidende und alleinige Aufgabe der Abrüstungskonferenz. Die öffentliche Meinung der ganzen Welt verlange, endlich praktische Ergebnisse auf diesem Gebiet zu sehen.

Die Steuerlasten für Rüstungen seien untragbar geworden. Das jetzige Maß von Sicherheitsgarantien sei bereits genügend, um die allgemeine Abrüstung zu ermöglichen. Die Herabsetzung der europäischen Rüstungen würde eine neue Garantie für den Frieden Europas darstellen. Die Abrüstungskonferenz dürfe sich nicht in die Gefahr begeben, anstelle von Rüstungsbeschränkungen über Pläne zur Vorbereitung der Abrüstung zu verhandeln. Die Konferenz müsse daher jetzt auf der Grundlage des Hoover-Vorschlages und der Vorschläge der italienischen und der englischen Regierung unter Berücksichtigung der französischen Anregungen zu praktischen Ergebnissen schreiten.

Die englische Regierung habe kürzlich der Konferenz ein praktisches Arbeitsprogramm vorgelegt, das einen beschleunigten Abschluß der Arbeiten ermögliche. Die Zeit der Reden sei vorbei.

Der tschechische Außenminister Benesch verteidigte den französischen Plan und erklärte die Unterstützung seiner Regierung.

Die allgemeine Aussprache wurde am Freitag mit einer Erklärung des belgischen Vertreters Bourquin abgeschlossen. Sie wird am Montag fortgesetzt. Bourquin, dessen selbständige Haltung gegenüber Frankreich allgemein auffiel,

erklärte die Zustimmung seiner Regierung zu dem französischen Plan, äußerte jedoch ernste Zweifel über die Zweckmäßigkeit der vorgeschlagenen Internationalisierung der schweren Waffen.

Er trat für einen einheitlichen Armeetypus mit kurzer Dienstzeit ein, wies jedoch darauf hin, daß ohne England ein europäisches Sicherheitssystem nicht möglich sein werde. Die bisherige Aussprache hat

eine unerwartet eindeutige Ablehnung des französischen Planes ergeben. Eine Beteiligung der Vereinigten Staaten an dem von Frankreich geplanten allgemeinen Sicherheitssystem ist angesichts der amerikanischen Haltung in der Schuldenfrage völlig ausgeschlossen.

Man erwartet, daß auch die kandinadischen Mächte die Hauptziele des französischen Planes ablehnen werden. Der Zusammenbruch des französischen Planes wird jetzt bereits in allen internationalen Kreisen als Tatsache hingenommen.

Großer Waffen- und Munitionsfund in Wien.

Erregte Auseinandersetzung im Parlament.

)(**Wien**, 3. Februar.

In Wiener Neustadt nahmen Polizei und Gendarmerie mit Unterstützung des Militärs eines Durchsuchung des Arbeiterheims und der darin untergebrachten sozialdemokratischen Druckerei vor. Es wurden gefunden sieben Maschinengewehre, dazu je zwei Gestelle, 39 Karabiner, 39 Infanteriegewehrläufe, 74 Bajonette, 31 000 Schuß Infanteriemunition und 145 Maschinengewehrgurte. Die sozialdemokratische Druckerei Gutenberg, eine Filiale der Druckerei, das sozialdemokratische Arbeiterheim und ein ehemaliges Kasernengebäude, in dem sich ein sozialdemokratisches Parteilokal befindet, wurden durch Polizei mit aufgepflanzten Bajonetten umstellt. Da sich vor dem Gebäude Arbeitslose in großer Zahl ansammelten, wurde eine Abteilung des Bundesheeres herangezogen, die zwei schußbereite Maschinengewehre vor dem Parteiheim aufstellte. Die Waffensuche in Wiener Neustadt scheint im Zusammenhang mit den Waffenfunden in der burgenländischen Gemeinde Wappersdorf zu stehen, wo am Donnerstag und Freitag zwei Maschinengewehre, 30 Gewehre, 30 Karabiner und 2000 Schuß Munition beschlagnahmt wurden. Außerdem wurden dort fünf Personen in Haft genommen. Wie es heißt, sollen auch in anderen burgenländischen Gemeinden Haussuchungen nach Waffen durchgeführt werden.

Die Waffenbeschlagnahme führte zu einer erregten Auseinandersetzung im Parlament. Die Sozialdemokraten behaupteten im Finanz- und Haushaltsausschuß, es handele sich um Waffen, die ihnen in legaler Weise zur Zeit der Verteidigung des Burgenlandes zugekommen seien. Nach einer Tatsachendarstellung des Bundeskanzlers stellte der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Deutsch die Behauptung auf, es lägen in Hirtenberg noch zehntausende von Gewehren und hunderte von Maschinengewehren in einem besonderen Depot, das er dem Bundeskanzler namhaft gemacht habe unter Bewachung der Heimwehren. Der Bundeskanzler erwiderte, diese Behauptungen seien unrichtig und grenzten an Hochverrat.

Nach den letzten Meldungen sind die Waffenfunde in Wiener Neustadt noch größer als berichtet. Außerdem wurden noch vier Maschinengewehre in der Arbeiterdruckerei gefunden, ebenso zwei Maschinengewehrläufe. Im sogenannten Truppenspital, einem früheren Militärgebäude, das jetzt von Sozialdemokraten bewohnt wird, wurden 24 Maschinengewehrläufe und außerdem sechs Kisten Bestandteile für Maschinengewehre, Traggeräte und dergleichen aufgefunden. Auch auf dem Grundstück des städtischen Bauhofes wurde ein schweres Maschinengewehr mit zahlreichen Gurten entdeckt, außerdem 60 Kompaße, zehn Handscheinwerfer und eine vollständige Ausrüstung für eine Telefonkompagnie.

Listenverbindung zwischen Deutscher Volkspartei und Volksdienst.

◇ **Berlin**, 3. Februar.

Im Reichstag fand am Freitag zwischen Vertretern der Deutschen Volkspartei und des Christlich-Sozialen Volksdienstes, deren Gruppen im bisherigen Reichstag bekanntlich zu der Fraktion der Technischen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen waren, eine gemeinsame Besprechung über das Vorgehen dieser Parteien im bevorstehenden Wahlkampf statt. Wie das Nachrichtenbüro des VDZ hört, ist ein gemeinsamer Wahlvorschlag nicht geplant; sowohl die Deutsche Volkspartei als auch der Volksdienst werden eigene Wahlvorschläge einreichen. Dagegen ist beabsichtigt, um technische Stimmenverluste nach Möglichkeit zu vermeiden, Listenverbindungen einzugehen.

Die „Schubladen"-Notverordnung.

:: **Berlin**, 3. Februar.

Zu der Meldung eines Berliner Mittagsblattes, daß in Regierungskreisen der Gedanke einer neuen Terror-Notverordnung erwogen werde, wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß es sich bei dieser Nachricht um weitgehende Kombinationen handele. Es sei keine Terror-Notverordnung beabsichtigt, auch keine Erweiterung der jetzt gültigen Rechtsbestimmungen der Todesstrafe und keine Verordnung über die Wiedereinführung von Sondergerichten. Es hätten in der letzten Zeit allerdings im Reichskabinett angesichts der Zunahme der Ruhestörungen Erwägungen geschwebt, die aber noch nicht zum Abschluß gekommen seien. Es wird darauf hingewiesen, daß Reichsminister Dr. Frick bereits in seiner ersten Erklärung vor der deutschen Presse am Montag abend ausgeführt habe, daß die Reichsregierung nur dann zu außerordentlichen Maßnahmen greifen würde, wenn sie von der anderen Seite dazu gezwungen werden sollte. Diese Aeußerung ist allgemein als ein Hinweis auf die sogenannte „Schubladenverordnung" aufgefaßt worden, von der Reichskanzler von Schleicher eines Tages gesprochen hat. Zudem erfährt man, daß in den heutigen Beratungen des Reichskabinetts eine Verordnung beraten worden ist. Sie wird aber noch nicht am morgigen Sonnabend erscheinen, soweit sind die Vorbereitungen offenbar noch nicht gediehen.

Popitz kein Reichsminister mehr.

•:• **Berlin**, 3. Februar.

Der Reichspräsident hat an Reichsminister Dr. Popitz ein Schreiben gerichtet, in dem er mitteilt, daß er dem Antrage des Ministers um Entlassung aus dem Amte als Reichsminister ohne Geschäftsbereich entsprochen habe.

Mit Befriedigung habe der Reichspräsident, so heißt es in dem Schreiben, davon Kenntnis genommen, daß Dr. Popitz seine große Sachkunde und wertvolle Erfahrung auch fernerhin dem Reiche und Preußen als stellvertretender Reichskommissar für den Geschäftsbereich des preußischen Finanzministeriums zur Verfügung stelle.

Der neue Staatssekretär im Reichsinnenministerium.

:: **Berlin**, 3. Februar.

Wie wir erfahren, ist der Nationalsozialist Dr. Pfundner zum Staatssekretär des Reichsinnenministeriums ernannt worden. Dr. Pfundner war in den letzten Jahren in Berlin als Rechtsanwalt tätig. Er war früher Vortragender Rat im Reichsamt des Inneren, ist also ein erfahrener Beamter und gilt außerdem als hervorragender Jurist. Pfundner wird der Nachfolger des Staatssekretärs Zweigert. Zunächst wurde der frühere Volksparteiler und spätere Deutschnationale Schmid-Düsseldorf als dessen Nachfolger genannt. Aber der Reichsinnenminister Dr. Frick hat offenkundig einem Parteigenossen den Vorzug gegeben.

170 Stimmen Mehrheit für Daladier

◆ **Paris**, 3. Februar.

Die französische Kammer hat der neuen Regierung Daladier nach Abschluß der Aussprache über die allgemeine Politik mit 370 gegen 200 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

Brand in einer psychiatrischen Klinik.

× **Cleveland** (Ohio), 3. Februar.

In einer psychiatrischen Klinik brach heute ein Brand aus, der bald großen Umfang annahm. Einige Stationen waren in ein Flammenmeer gehüllt und ihre sämtlichen Ausgänge vom Feuer versperrt. Trotz heldenmütigster Anstrengung der Krankenwärterinnen fanden neun Patienten den Tod. Die Hilfeschreie der in dem brennenden Gebäude Eingeschlossenen waren weithin hörbar. Die Stadt Cleveland wurde bereits am 15. Mai 1929 von einem schweren Krankenhausbrand heimgesucht. Damals kamen 124 Personen ums Leben, zum Teil durch die Flammen, zum Teil durch giftige Dämpfe, die durch verbrennende Filmstreifen entstanden waren.

Aus der Heimat.

Zechprellerei.

p. **Bocholt**, 4. Februar. Ein Mann, der im Februar 1932 in einer hiesigen Wirtschaft eine Zeche in Höhe von 15 RM. gemacht und bis jetzt nicht bezahlt hat, wurde wegen Betruges angezeigt.

Ein Betrüger.

p. **Bocholt**, 4. Februar. Ein Schneider aus Rhede wurde angezeigt, weil er von einem Kunden 6 RM. als Vorschuß für eine zu liefernde Hose erhalten hatte, aber weder die Hose geliefert, noch die 6 RM. zurückgegeben hat.

Haussuchung.

p. **Bocholt**, 4. Februar. Bei einer Durchsuchung eines Hauses auf dem Petersfeld wurden 7 Kilo holländischer Tabak gefunden und beschlagnahmt.

Verkehrsunfall.

p. **Bocholt**, 4. Februar.

An der Ecke Westend — Wernerstraße wurde ein Radfahrer, der vom Westend stadteinwärts fuhr und in die Wernerstraße einbiegen wollte, von einem Kraftwagen angefahren und an beiden Beinen verletzt. Das Fahrrad wurde zertrümmert. Angeblich soll der Kraftwagenführer das Richtungszeichen des Radfahrers nicht beachtet haben. Der Verletzte mußte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Der Unglücksfall hat sich bereits am 31. 1. ereignet, wurde aber jetzt erst gemeldet.

Rektor Alois Osthoff †.

§ **Bocholt**, 4. Februar.

Ein hochverdienter Schulmann, tüchtiger Lehrer und Erzieher, ein treuer Katholik und vortrefflicher Mitbürger ist am Donnerstagabend gestorben: Rektor i. R. Alois Osthoff. Er war am 5. Januar 1860 in Courl bei Dortmund als Sohn eines Lehrers geboren, stand also im 74. Lebensjahre. Nachdem er auf dem Lehrerseminar Büren für den Lehrerberuf vorgebildet worden war, trat er im Jahre 1880 in Dömern (Kreis Ahaus) in den Schuldienst ein. Nach etwa 1½jähriger Tätigkeit an der Volksschule Emsdetten kam er am 15. Oktober 1882 nach Bocholt, wo er mehr als vier Jahrzehnte mit großer Pflichttreue gewirkt hat. Zunächst war er als Lehrer an der Langenbergschule tätig. Am 2. November 1898 wurde er zum Hauptlehrer der damals errichteten katholischen Volksschule 4 (jetzt Ludgerusschule) und am 1. Juni 1905 zum Rektor der nämlichen Schule ernannt. Viele Jahre hatte er nebenbei die Leitung der gewerblichen Fortbildungsschule, der Vorgängerin der heutigen Berufsschule, inne. Seine geschwächte Gesundheit zwang ihn bereits am 1. April 1924, ein Jahr vor Erreichung der gesetzlichen Altersgrenze, in den wohlverdienten Ruhestand zu treten. In seiner bescheidenen Art, die ihn besonders kennzeichnete, bat er damals von einer Abschiedsfeier Abstand zu nehmen; er konnte es jedoch nicht verhindern, daß auf Drängen seiner ehemaligen Schüler einige Wochen später eine schlichte, aber herzliche Feier im Paulusheim stattfand.

Neben seinen Berufspflichten entfaltete Rektor Osthoff eine vielseitige öffentliche Tätigkeit. U. a. trat er am 20. Oktober 1920 als Nachfolger des als Oberstudiendirektor nach Gladbeck versetzten Studienrats Bause ins Stadtparlament ein, dem er bis zum Mai 1924 angehörte. Ferner war er Mitglied der kath. Schulkommission und des Kirchenvorstandes von St. Georg. In all diesen Aemtern hat er seinen Mann gestanden und erfreute sich wegen seiner Charakterfestigkeit und seines Gerechtigkeitssinnes der größten Wertschätzung in allen Schichten der Bevölkerung. Im August ds. Js. hätte er seine goldene Hochzeit begehen können; doch die Vorsehung hat es anders gewollt. Sein Gesundheitszustand verschlimmerte sich in letzter Zeit zusehends, vor einigen Tagen erlitt er im Krankenhaus einen Schlaganfall, an dessen Folgen er jetzt gestorben ist. Möge der Verstorbene, der sich in den Herzen zahlreicher Schüler und Freunde ein dauerndes Denkmal gesetzt hat, ruhen im Frieden.

Keine Brandstiftung.

p. **Bocholt**, 4. Februar.

Die Entstehungsursache des am Montagmorgen in dem Wohn- und Wirtschaftsgebäude der Witwe Essing (Hohenhorsterberge 1) ausgebrochenen Brandes ist nach eingehender Prüfung der elektrischen Stromleitung durch von der Kriminalpolizei zugezogene Sachverständige geklärt. Es ist einwandfrei festgestellt worden, daß die Kraftstromleitung nicht, wie man glaubte, vor Ausbruch des Brandes außer Spannung war, sondern unter Strom stand und der Brand durch Kurzschluß in der Kraftstromleitung entstanden ist. Es wurden mehrere Schmorstellen in der Kraftstromleitung gefunden. Auf welche Weise der Kurzschluß entstanden ist, war nicht festzustellen. Ein Verschulden trifft weder den Pächter noch das Elektrische Werk. Brandstiftung kommt also nicht in Frage.

Wiederaufnahme der Linie Bocholt—Aalten?

m. **Bocholt**, 4. Februar.

Der Aufsichtsrat der Geldersch-Westfälischen Trambahngesellschaft hat sowohl beim Provinzialausschuß der Provinz Gelderland wie auch beim Regierungspräsidenten in Münster einen Antrag auf Wiederaufnahme des Trambahnverkehrs von Aalten bis zum Bahnhof Bocholt als Fortsetzung der bestehenden Linie Lichtenvoorde — Aalten eingereicht. Der Verkehr soll allerdings nicht mit der „vorsintflutlichen" Tram von ehemals, sondern mit hochmodernen Autobussen durchgeführt werden. Vorläufig sollen vorausgesetzt natürlich, daß die zuständigen Stellen ihre Genehmigung erteilen, täglich fünfmal die Wagen zwischen Bocholt und Aalten fahren.

Zollabfertigung an der Straße Winterswijk-Barlo.

v. **Bocholt**, 4. Februar.

Der Verkehrsverein schreibt uns:

Nach dem Ausbau der Straße Barlo — Reichsgrenze wird die Straße Winterswijk — Barlo — Bocholt viel von Kraftwagenreisenden benutzt. Von diesen wird es als Uebelstand empfunden, daß an der Grenze auf niederländischer Seite nachts und in der Mittagszeit die Zollabfertigung nicht möglich ist, weil während dieser Zeit die niederländische Grenzdienststelle nicht besetzt ist. Der Verkehrsverein hat daher den Allgemeinen Deutschen Automobil-Club und den Deutschen Touring-Club gebeten, die vom Verkehrsverein an das zuständige Niederländische Ministerium in dieser Angelegenheit gerichtete Eingabe zu unterstützen. Auf Veranlassung dieser beiden Vereinigungen hat der A. N. W. B. Toeristenbond voor Nederland, sich ebenfalls beim Finanzministerium im Haag für die Errichtung eines niederländischen Zollamtes an der erwähnten Straße eingesetzt. Es ist also zu hoffen, daß dem Antrage des Verkehrsvereins stattgegeben wird.

Vereine und Veranstaltungen.

Theater im Gesellenverein. Wir möchten noch einmal an die Aufführung des plattdeutschen Volksspieles „Küpper Hassel" am morgigen Sonntag, abends 8 Uhr, erinnern. Die Besucher werden aus dem Lachen nicht herauskommen. Karten im Vorverkauf sind beim Hausmeister zu haben.

Preisschießen mit Kugelbüchsen. Zurzeit findet im Restaurant Theo Opperbeck (Osterstraße) ein Preisschießen nach modernsten Richtlinien statt. Geschossen wird mit genautragenden Kugelbüchsen. Die jeweils geschossene Zahl wird am Anstand in Leuchtschrift angezeigt, dadurch ist jeder Irrtum ausgeschaltet, und jeder Schütze hat eine peinlich genaue Selbstkontrolle. Ausgesetzt sind Geldpreise in Höhe von 220 Mark. Der erste Preis ist mit 100 Mk. dotiert. (Siehe Anzeige.)

Behördenangestelltenversammlung.

Am morgigen Sonntag spricht morgens um 11 Uhr im Hotel „Zum Bürgerkrug" Herr Fritz Rabe, Münster, Mitglied des Bezirksbetriebsrates, über das Thema „Behördenangestellte, Euer Arbeitsplatz ist in Gefahr". Sämtliche Behördenangestellten Bocholts sowie auch die interessierten Angestellten aus Handel und Industrie sind zu dieser aktuellen Versammlung freundlichst eingeladen. Nach dem Referat Aussprache.

Krüppelfürsorge.

a. **Bocholt**, 4. Februar. Die Sprechstunde der Krüppelfürsorgestelle der Stadt Bocholt findet am Dienstag, dem 7. Februar 1933, nachmittags 2,30 Uhr, im St. Agnes-Hospital statt.

Versammlungen des Westf. Bauernvereins.

Geschäftsführer Dr. Hofschlag sprach über Tagesfragen.

In Rhede.

!! **Rhede**, 3. Februar.

Sehr zahlreich hatten sich am Donnerstagabend die Landwirte unseres Amtsbezirkes zu einer Versammlung der Ortsgruppe Rhede des Westfälischen Bauernvereins eingefunden. Der Vorsitzende Th. Schulze-Böing hieß alle herzlich willkommen, besonders den Geschäftsführer Dr. Hofschlag und die Lehrer und Schüler der landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen.

Geschäftsführer Dr. Hofschlag

behandelte in einem längeren Referat zuerst Steuerfragen. Die im Jahre 1931 vorgenommene Einheitsbewertung sollte die Grundlage bilden für die Erhebung der preußischen Grundsteuer und damit auch für die Gemeindesteuer. Diese ihr zugedachte Bedeutung hat sie aber bis jetzt noch nicht erhalten. Vorläufig werden die vorerwähnten Steuerarten noch nach dem alten Katasterwert erhoben. An Hand mehrerer Beispiele zeigte der Redner, daß die alten Katasterwertangaben sehr reformbedürftig sind. Weiter legte der Redner dar, daß nicht die christlichen Bauernvereine es gewesen seien, die für eine Aufhebung der Umsatzsteuerfreiheit unter 5000 Mark eingetreten seien. (Das hat die Regierung von Papen allein gemacht. Der Berichterstatter.) Die Bauernvereine seien seit jeher für eine gänzliche Aufhebung der Umsatzsteur in den ländlichen Betrieben gewesen, da diese immer zum Nachteil des Urproduzenten sich auswirke. Für 1933 gelten folgende Sätze: Liegt der Hektarwert einer Kulturlandfläche zwischen 800 bis 1000 Mk., so beträgt der Umsatz 280 Mk. im Jahr pro Hektar, liegt er jedoch zwischen 600 bis 800 Mark so beträgt der Umsatz 250 Mark, liegt er unter 600 Mark so beträgt der Umsatz 220 Mark jährlich. Von diesem errechneten Umsatz können pro Person vierteljährlich 65 Mark in Abzug gebracht werden. Steuer wird von der Fläche bezahlt, die auch bewirtschaftet wird. Ins Gebiet der

Steuergutscheine

übergehend, betonte der Redner, daß diese Scheine vielfach mit Mißtrauen betrachtet würden. Es sei aber so, daß diese Scheine an der Börse sehr gut im Kurs ständen. Er rate jedem Landwirt, sich an seine Sparkasse zu wenden, wo die Formulare gratis zu haben sind, außerdem sorge die Kasse dafür, daß man später für Steuergutscheine unter 100 Mark, die an der Börse nicht gehandelt werden, von der Kasse bares Geld erhalten kann; darum möge jeder sich die Vorteile der Steuergutscheine nutzbar machen. — Die Frist auf Prämienverteilung für die Neueinstellung von Arbeitskräften sei nochmals verlängert worden, keiner möge darum den jetzigen Zeitpunkt versäumen, damit er auch in den Genuß der Prämie gelange. Als letzte Steuerart besprach der Redner noch die so „beliebte" Bürgersteuer. — Zum

Versicherungswesen

übergehend, betonte er die absolute Notwendigkeit, daß jeder Landwirt gegen Haftpflicht versichert sein müsse, diese sei genau so wichtig wie eine Feuerversicherung. In unserer Zeit des rasenden Verkehrs sei leicht ein Unglück geschehen. Oftmals würde dann dem Landwirt noch die Schuld gegeben, dann müsse gezahlt werden, und wenn es manchmal um den ganzen Kotten gehe. Die vorteilhafteste Haftpflichtversicherung sei der „Versicherungsverein für Landwirte der Provinz Westfalen". Eine Lebensversicherung sei ebenfalls sehr ratsam, sie brauche aber nicht allzu hoch sein. Bezüglich der Krankenversicherung haben sämtliche 28 Bauernvereine einen langjährigen und günstigen Abschluß mit dem großen Leipziger Krankenkassenverband „Barmenia" abgeschlossen. Es könne sich hier die Familie mit nur 5 Mark Monatsbeitrag versichern, alleinstehende Personen zahlen 2 bis 3 Mark pro Monat, er selbst habe gute Erfahrungen mit der Kasse gemacht. Zum Schluß bat er besonders die Unorganisierten, dem Verein beizutreten, dann werde es möglich sein, durch das geschlossene Vorgehen aller deutscher Bauernvereine eine Herabminderung der gegenwärtigen fast unerträglichen Zustände zu erreichen.

In der darauf einsetzenden lebhaften Aussprache wurde sehr über die Belastung der Landwirtschaft mit den sozialen Abgaben geklagt. Besonders seien die Beiträge zur Landkrankenkasse viel zu hoch. Mancher Landwirt würde gern noch eine Hilfskraft einstellen, er scheue aber die sozialen Abgaben. — Ein Ausschußmitglied der Landkrankenkasse teilte mit, daß die Ausgaben der Kasse gegenüber früher erheblich gestiegen seien.

Alsdann wurden

die Wiegegebühren am Bahnhof

einer ernsten Kritik unterzogen. Die Gebühren seien zu hoch und die Wage selbst sei altersschwach. Es wurde eine Kommission gewählt, die hier Remedur schaffen soll, andernfalls die Landwirte zur Selbsthilfe schreiten. Die Waagen in den Landwirtschaftsbetrieben wurden früher alle 4 Jahre, jetzt aber alle 2 Jahre geeicht. Diese Eichgebühren seien ebenfalls zu hoch. Nachdem noch andere kleinere Mißstände besprochen wurden, fand nach ausgiebiger Aussprache eine Filmvorführung über „Die moderne Weidetechnik" statt. Anstelle des erkrankten Dr. Windus hatte ein anderer Herr die Vorführung übernommen, die ungeteilten Beifall fand.

In Dingden.

× **Dingden**, 4. Februar.

Gestern nachmittag fand im Saal Hengstermann eine Versammlung der Ortsgruppe Dingden des Westfälischen Bauernvereins statt, die gleichfalls einen zahlreichen Besuch aufwies. Vor allem hatten sich die jugendlichen Landwirte unter Führung der Lehrer der Fortbildungsschule in großer Zahl eingefunden. Der Vorsitzende, Herr Spinneken, eröffnete die Versammlung mit einem herzlichen Willkommensgruß an die Erschienenen, besonders an die Herren Baron von Graes, Direktor Theis, Dr. Reinartz, die Lehrer der Fortbildungsschule und die Vertreter der Presse. Sodann nahm Geschäftsführer Dr. Hofschlag das Wort zu einem längeren Vortrag über aktuelle Tagesfragen. Da der Redner die gleichen Ausführungen machte wie auf der Versammlung in Rhede, sei auf den vorstehenden Bericht über die Versammlung in Rhede verwiesen. Besonders erwähnt sei nur, daß für Dingden hinsichtlich der Umsatzsteuer in der Hauptsache ein Hektarwert in Frage kommt, der zwischen 800 und 900 Mark liegt, so daß also durchschnittlich etwa 280 Mark pro Morgen in Frage kommen. Herr Dr. Hoffmann schloß auch hier seine Ausführungen mit der dringenden Bitte an die unorganisierten Landwirte, dem Westfälischen Bauernverein beizutreten.

An den Vortrag schloß sich eine kurze Aussprache an, in der noch einige Fragen geklärt wurden. Sodann hielt Direktor Theis einen Lichtbildervortrag über „Die moderne Weidetechnik", der von den Anwesenden mit großem Interesse entgegengenommen wurde. Ein weiterer Lichtbildervortrag de sHern Dr. Reinartz fand ebenfalls aufmerksame Zuhörer.

Aus der Umgegend.

Lowick

a. **Schlachtkursus.** Am 6. Februar, morgens 8 Uhr, findet auf dem Hofe des Landwirts Klein-Hardt ein Schlachtkursus statt. Teilnehmerinnen wollen sich bei Herrn Klein-Hardt melden. Die Kursusgebühr beträgt 1,50 Mark.

Barlo

Kirchenvorstandssitzung.

× In der letzten Sitzung des Kirchenvorstandes wurde an Stelle des verstorbenen Gutsbesitzers Heinrich Schulze Wehninck der Frhr. Karl von Graes einstimmig zum stellvertr. Vorsitzenden gewählt. Als Ersatzmann tritt für Wehninck der Landwirt Wilhelm Elsinghorst als neues Mitglied in den Kirchenvorstand ein. — Da die alte Sakristei zu klein ist für die notwendigen Schränke und zugleich so feucht, daß die kirchlichen Gewänder, ohne Schaden zu leiden, in derselben nicht untergebracht werden können, beschloß der Kirchenvorstand, diese durch einen entsprechenden Erweiterungsbau nach der Südseite hin zu vergrößern und übertrug zugleich die Ausarbeitung des Planes und Kostenanschlages dem Architekten Hermann Valk in Bocholt. In der jetzigen Sakristei soll nach Fertigstellung des Neubaues die geplante Kirchenheizungsanlage untergebracht werden, die als Luftheizung gedacht ist und dem Schutze der Gesundheit der Gläubigen und namentlich auch der Erhaltung der Inneneinrichtung, die in einer ungeheizten Kirche unbedingt Schaden leidet, dienen soll.

Werth

Der Volksverein ruft!

= Jedes Dorf hat sein eigenes Gesicht. Dabei bedeutet die äußere Anlage weniger als die Bewohner, die es rauh oder milde, kalt oder warm machen. Wohl steht die Kirche mitten im Dorf und jeder weiß um die Höhepunkte gemeinsamen religiösen Erlebens an Sonn- und Feiertagen. Entscheidend aber ist die Fortsetzung dieses Gottesdienstes am Werktag in Familie und Beruf, in der Pflege echter Nachbarschaft und Dorfgemeinschaft. Das ist heute allerdings schwerer als früher. Denn auch das letzte Heidedorf ist herausgerissen aus dem Frieden seiner Väter hinein in den Strudel der Wirtschaftskrise, in den Interessenkampf, in die Parteipolitik, in die Auflösungstendenzen eines städtischen Lebensstils. Wenn irgendwo, dann muß im Dorf, wo jeder den anderen kennt, soziales Verstehen die Herzen einen, muß Volk in der Harmonie der Stände gerade aufwärts wachsen. Niemand will Enge und Absperrung, aber wir wehren uns gegen Verseuchung und Spaltung. Das katholische Dorf muß sein eine Insel der Eintracht, eine Gemeinde der Liebe. Nur dann ist es die Quelle der Volkskraft, erst dann steht die Kirche mitten im Dorf. Zu diesen Gedanken spricht am Sonntag, dem 5. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Volksverein Dr. Wagner (Dülmen) mit dem Thema „Die Schicksalsstunde der deutschen Katholiken". Es ist Erlebnis, diesen Redner zu hören. Jung und alt seid alle dabei.

Rhede

!! **Aus den Vereinen.** — Der Kath. Arbeiterverein veranstaltet am Sonntag, dem 5. Februar, und am 12. Februar, einen „Bunten Abend". — Der Gesellenverein hält am Sonntag, dem 5. Februar, seine diesjährige Generalversammlung ab; am 12. Februar findet im Verein ebenfalls ein „Bunter Abend" statt; in unverfälschtem Rheder Platt wird jedem die Reichhaltigkeit der Muttersprache vor Augen geführt. — Der Jugend- und Jungmännerverein hält am Sonntag, dem 19. Februar, im Jugendheim seinen „Bunten Abend" ab.

r. **Kath. Werkjugend.** Sonntagabend 7,30 Uhr veranstaltet die Kath. Werkjugend im Vereinshaus eine sinnvolle Arbeiterjugend-Feierstunde, die ganz unter dem Gedanken „Arbeiterjugend und Lebensfreude" stehen wird. Der erste Teil der Veranstaltung wird ernsteren Inhalts sein. Ein gemütliches Beisammensein wird dann noch eine Zeitlang Mitglieder und Angehörige zusammenhalten. Die Eltern und Angehörigen der Mitglieder sind zu dieser Feier herzlichst willkommen.

Dardingholt

Eine Ehrenkrone ist das Alter.

l. Der zweitälteste Einwohner unserer Gemeinde, Großvater Bernhard Büß, begeht am heutigen

Diamantenes Jubiläum.

60 Jahre Kath. Arbeiterverein St. Paulus.

× **Bocholt**, 4. Februar.

Ein freudiges Ereignis führt am morgigen Sonntag die Arbeiterfamilie des Kath. Arbeitervereins St. Paulus zusammen: das 60. Stiftungsfest. Wir feiern es im internen Kreise und in echt katholischer Art. Eine große öffentliche Kundgebung wird im Sommer folgen.

Wir schauen rückwärts!

Ein Zeitraum von 60 Jahren liegt hinter uns, eine Zeit großer Aufgaben, Mühen und Kämpfe; aber auch — dank der eifrigen Arbeit der Präsides und Laien — eine Zeit hervorragender Erfolge und Siege im Ringen um das leibliche, geistige und soziale Wohl der Bocholter Arbeiterschaft.

Wir schauen aufwärts!

Zum Schöpfer und Lenker der Geschichte, zu unserm Herrgott, der uns große Ziele zeigte und reiche Kraft und Gnade uns verliehen hat. Ihm danken wir am Jubiläumstage, und darum finden wir uns zusammen um 7,30 Uhr in der Liebfrauenkirche zur Generalkommunion und nachmittags 4 Uhr zur Dankandacht — mit Predigt. — Das ist der eigentliche Höhepunkt einer kath. Festfeier; Jubiläen begehen können Vereine jeglicher Art; aber mit dem Gottmenschen Christus persönlich sich verbinden, ihm persönlich danken und Bitten vortragen im hl. Opfer und Sakrament, das ist nur uns Katholiken vergönnt. In großer Schar wollen wir uns darum treffen um Christi Altar.

Wir schauen vorwärts!

Sonntagnachmittag 5 Uhr halten wir im großen Saal des Arbeiterheims die Festfeier. Dort schauen wir vorwärts in die Zukunft und lassen uns in der Festrede (Herr Kanonikus Jansen, Borken) die bedeutenden Aufgaben zeigen, die unser noch harren, besonders der Jugend, die berufen ist, in zeitgemäßen und zeitnotwendigen Formen die christlich-nationale Arbeiterbewegung vorwärts zu tragen in die Zukunft. Und diese katholische Arbeiterjugend ist da; ihr treibender Kern ist die Werkjugend, die zum ersten Mal in Kluft und Banner aufmarschieren wird am Jubiläumstage.

Gott segne die christliche Arbeit!

Tage im Kreise seiner Kinder und vieler blühender Enkelkinder seinen 87. Geburtstag. Fest wie Westfalens Eichen ist der Stamm der Familie Büß. Ein in Spork wohnender, 91jähriger Bruder unseres Geburtstagskindes machte noch vor wenigen Jahren, als er die achtzig schon längst überschritten hatte, noch ziemlich weite Touren mit seinem Fahrrad. Unser Jubilar stand noch mit achtzig Jahren an Haublock und Bohrmaschine. Er war nämlich ein tüchtiger Holzschuhmacher und versorgte die engere und weitere Nachbarschaft mit däftigen „Klumpen". Er ist noch einer der wenigen lebenden Feldzugteilnehmer von 1870/71. Er machte den Krieg als aktiver Soldat mit, war dabei in der furchtbaren Schlacht bei Gravelotte, half den ehernen Ring um Metz bilden, stand vor den Toren von Paris und kehrte erst Ende Juli 1871 aus Feindesland zurück. Mit Freude gedenkt er heute noch dieses siegreichen Feldzuges. Großvater Büß hat zwar der Werkstatt heute den Rücken gekehrt, schafft aber im Haushalt noch tapfer mit, schält Kartoffeln für die zahlreiche Familie, strickt und stopft Strümpfe usw. Sieht man von dem schlechter werdenden Gehör ab, so ist er noch äußerst rüstig, geistig wie körperlich, liest noch jeden Tag seit einem halben Jahrhundert das Bocholter Volksblatt, raucht sein Pfeifchen, legt noch jeden Sonntag zu Fuß den weiten Kirchweg nach Rhede zurück und verschmäht bei Leibe nicht einen anständigen „Klaren". Wir wünschen dem Veteranen von Herzen einen noch recht langen und gesegneten Lebensabend.

Büngern

l. **Grippeferien.** Die hiesige Schule ist infolge starken Auftretens der Grippe geschlossen worden.

Krommert

= **Backkursus.** Am 6. und 7. Februar, nachmittags 2 Uhr, findet auf dem Hofe des Landwirts Heinrich Seggewiß ein Backkursus statt. Teilnehmerinnen wollen sich beim Landwirt Seggewiß melden. Die Kursusgebühr beträgt 1,50 Mark.

l. **Die Schule 14 Tage geschlossen.** Die hiesige Schule ist auf 14 Tage infolge starken Auftretens von Grippe, Masern und Diphtheritis geschlossen worden.

Aus dem benachbarten Holland.

Dinxperlo

m. **Man wird vorsichtiger.** Ein Gutes hat der kürzlich erfolgte Ueberfall auf die hiesige Filiale der Rotterdamschen Bank gehabt: sowohl die Reichs- wie auch die Gemeindepolizei hat jetzt — Telephonanschluß erhalten.

m. **Die „spanischen Schatzgräber" wieder an der Arbeit.** In letzter Zeit haben verschiedene hiesige Einwohner ein Schreiben aus Barcelona erhalten, in dem der Absender mitteilt, ein großes Kapital sei ihm beschlagnahmt, das nur gegen ein hohes Lösegeld wieder freigegeben werde. Der Briefschreiber bittet, ihm Geld zu überweisen, worauf man dann einen Teil des freigegebenen Geldes erhält. Der Schwindel ist so dick aufgelegt, daß man kaum annehmen kann, daß ein Durchschnittsmensch darauf hereinfällt.

m. **Notierungen.** Der Butterpreis ging wieder um 5 Cent in die Höhe; er steht jetzt auf 1,90 Gulden. — Auf der Eierversteigerung waren 125 000 Eier zum Verkauf gestellt; der Preis schwankte zwischen 4,50 und 5,50 Gulden pro 100 Stück; der Ladenpreis steht auf 41 Cent pro Pfund. — Die Schweinepreise sinken weiter; es werden nur 13,5 und 14 Cent pro Pfund bezahlt.

Aalten

m. **Hebung des Fremdenverkehrs.** Hier fand eine Versammlung der Vorstände der Heimatvereine aus Aalten und Umgegend statt, in der Vorschläge zur Hebung des Fremdenverkehrs aus Holland und Deutschland gemacht wurden.

m. **Wieder eine Gehaltskürzung?** Die Gemeindeverordneten haben einen Antrag eingereicht, die Gehälter der Beamten um 3 bis 10 Prozent zu kürzen.

Winterswijk

m. **Schwere Strafe für Hühnerdiebe.** Zwei hiesige Einwohner, die bei einem Landwirt Hühner stehlen wollten, aber durch eine elektrische Klingelanlage daran gehindert worden waren, wurden vom Gerichtshof in Arnheim zu einem Jahre und drei Monaten Gefängnis verurteilt. Das Gericht hielt es für empfehlenswert, daß alle Landwirte in ihren Hühnerställen Klingelanlagen anbrächten.

Verantwortlich: Für Politik Chefredakteur Dr. Maser, für Wehrsportland z. Zt. Schulze, für Feuilleton Peter Schlaun, für Handel und Sport Dr. A. Henkel, sämtlich in Dortmund, für Münster und das Münsterland Dr. Fritz Stricker, Münster i. W. Berliner Redaktion: Dr. Ernst Hüsmert, Berlin-Südwestende. Für den lokalen Teil: H. Schmitt, für den lokalen Anzeigenteil: H. Jopp, beide in Bocholt. Verlag: J. H. C. Temming, Bocholt. Druck: „Ems" G. m. b. H., Münster i. W.

„Hotel Zur Post".

Sonntag, den 5. Febr., ab 8 Uhr

großes [2009g

Kappenfest

Café Eilers

Inh: B. Matschke — Tel. 2261 — Neustr. 22.

Sonntagnachmittag ab 4 Uhr

Unterhaltungsmusik

ab 8 Uhr (826g

Konzert mit Tanzeinlagen

Dortmunder Biere Fürstenberg-Bräu.

Kaffee-Restaurant Johann Imping

Am Sonntag Ravardistr.

1. großes Kappenfest

in den karnevalistisch dekorierten Räumen

Stimmung und vergnügte Stunden verspricht die Stimmungskapelle Hendry.

In der Konditorei: Große Auswahl, alles täglich frisch, kleine Preise. (816g

Am Sonntag großes



Kappenfest

im **Hotel-Restaurant**

ANTON OVERBECK

2003h) Beginn 6.30 Uhr

Stimmung! Humor!

Restauration „Zur Glocke"

Reinh. Elting.

Sonntag, den 5. Febr., von 6 Uhr ab

Stimmungskonzert mit Tanzeinlagen.

Kapelle Weldering.

Jubel! Trubel!

Restauration zum



Sonntag, den 5. 2.

Konzert u. Tanz

Kapelle [622a

„Rudi", Düsseldorf.

Inh. W. Müllers.

Winzerhaus Rheinterrasse

„Zum Feuerwehrmann".

Sonntag

KONZERT

Es spielt das bekannte

842g] T. T. M. Salon-Orchester.

Restaurant [841g

Heinrich Puhe

Karolingerstraße. —

Sonntag, den 5. Februar, findet in meinem festlich renovierten Lokale eine **Wiedereröffnung des**

Bunten Abends

statt. Es spielt die beliebte **Tangokapelle A. Peters.**

Morgens von 11—1 Uhr **Frühschoppen.**

Nachmittags ab 5 Uhr **großes Konzert.**

„Zum Allerhöchsten"



Sonntag, den 5. Februar

Kappenfest

Bunter Abend

Tanz

Vollständig neues Programm.

No 8 Uehr häbt de Buern et ganze.

Es ladet freundl. ein

831g) Johann Meinen.

Kath. Arbeiterverein St. Paulus.

Diamantenes-Jubiläum.

Sonntag, den 5. Februar, morgens 7.30 Uhr

Generalkommunion, [851e

nachmittags 4 Uhr **Dankandacht mit Predigt,**

nachmittags 5 Uhr **Festfeier** im großen Saal.

Kath. Gesellenverein Bocholt

Sonntag, den 5. Februar, abends um 8 Uhr:

Eröffnungsvorstellung „Küper Haffel"

4 Aufzüge — Eintritt 40 Pfg. für Mitglieder, 60 Pfg. für Nichtmitglieder. 925a

Achtung! Neu für Bocholt! Achtung!

Kein Bolzenschießen! Kein Irrtum mehr!

Ein Preisschießen mit Kugelbüchsen

Jeder verletzte Ring wird elektrisch angezeigt.

Auf ihr Schützen nach Theo Opperbeck, Bocholt

Beginn: Freitag, den 3. Februar 1933.

220.— RM. Bargeldpreise winken den Siegern, 1. Preis 100.— RM. in bar.

Sieger ist der Schütze, der in 3X3 Gängen während der ganzen Schießzeit die höchste Ringzahl hat. Schluß am Freitag, dem 24. Februar 1933. Es laden freundlichst ein

3 Schuß 25 Pfg. **die Veranstalter.**

„Eine Fahrt ins Blaue"

unter musikalischer Fahrdienstleitung von Kapellmeister Carl Schönig mit seinen Solisten, verbunden mit amüsanten Ueberraschungen am Ziel, veranstaltet zum erstenmal in seiner Art am Samstag und Sonntag das „Hotel Lindenhof". Sichern Sie sich zwecks Teilnahme frühzeitig Plätze.

Restauration

4 Jahreszeiten

Am Sonntag, dem 5. 2. 1933, 7 Uhr

großes

Stimmungskonzert

mit Tanzeinlagen

Geerling — Holtkamp

Heinrich Frenk.

N. B.: Vereinslokal der F. B. Abt. Ph. [815g

Im Rosengarten von Sanssouci.

Restaurant **Bernh. Groitstobel.**

Sonntag, den 5., ab 7 Uhr [2002g

Konzert u. Tanz

N. B.: Große Ueberraschung.

Kapelle Wienand. Eintritt frei!

Kommen! Sehen! Staunen!

Sonntag, den 5. Februar, gastiert im

Westfälischen Hof

Inh.: W. Scholten

die allbeliebte Varieté-Gesellschaft

Geschw. Hoffmann

1 Dame. 2 Herren.

Ia. Komiker! Duette! Stimmung!

11—1 Uhr: **Matinee.** [837g

Nachmittags 5 Uhr **das große Programm.**

Gasthaus „Gut Hünting"

Morgen (Sonntag)

Konzert und Tanz.

Dortmunder Biere. Prima Kaffee.

Kleine Preise [830g

Aerztlicher Sonntagsdienst

Sonntag, den 5. 2. 1933:

Dr. Paschert — Dr. Pottmeyer

F. C. O.

Sportplatz des

F. C. Olympia

E. V.

Westdeutscher Spielverband.

Sonntag, den 5. Februar, 3 Uhr

Meisterschaftsspiel:

Rheingold Emmerich - Olympia

3 Zimmerwohnung

mit Küche für sof. im Preise von 40-45 RM. gesucht.

Näher. b. Volksblatt.

Eine Partie schöne, junge

Schweine

5 Wochen alt,

zu verkaufen.

Tekniepe, Liebern 14

Die

Oberwohnung

des Hauses Bahnhofstraße 18, bestehend aus 6 Zimmern, Küche und 1—2 Mansarden, ist zum 1. März ds. Js. evtl. später zu vermieten.

Otto Hülskamp, Baumeister

Ein schwarzb.

Mutterkalb

v. einer schweren Kuh zu verkaufen.

W. van der Linde, Lowick 81

Lebertran

für schwächliche Personen, zurückgebliebene Kinder, engl. Krankheit, blasses Aussehen, Magerkeit nur den echten

Dorsch-Lebertran.

Flasche 0.50, 0.80, 1.50

Flaschen werden lose nachgefüllt.

Drogerie

Feldmann

Tel. 2241 Neustr. 13

„Das Zeitungs-Inserat bietet die billigste und erfolgreichste Werbemöglichkeit."

Jüngerer Landwirtssohn, 20 Jahre alt, sucht für April oder Mai

Stellung

selb. ist mit sämtl. landwirtschaftlichen Arbeiten durchaus vertraut.

Näheres b. Volksblatt und bei J. Heinrichs, Buchdr., Rhede.

Kath. Junge, 17 Jahre, der mehrere Jahre in der Landwirtschaft tätig war

sucht Stellung

zum 1. Mai auf dem Lande

Näher. b. Volksblatt.

Wohn- und Geschäftshaus

in bester Lage, zum 1. April ds. J. zu vermieten.

Offert. erbet. unter Nr 892 an das Volksblatt.

Achtung!

Echtes

Kommißbrot

aus eigener Bäckerei, 2¾ Pfd., zu 45 Pfg.

2 mal täglich

frische Brötchen.

Bäckerei

Fr. Rietkötter

Langenbergstraße



KOMMEN

und mit ihnen der klare, schlagende Beweis für die fortschrittliche Gesinnung und die ungeheuer gesteigerte Leistungsfähigkeit des Hauses FISSER! Billig und gut wie es die Zeit verlangt! Modern und erstklassig wie es der Käufer wünscht, bringen wir eine Serie hervorragender Kleidungsstücke, die ohne Ausnahme zu dem Sparpreise von **38** möglich, für diese niedrige verkauft werden! Es ist unser Ausgabe mehr zu bieten!

MARK

DER SAKKO-ANZUG

aus feinen und besonders ausgewählten, reinwollenen Oberstoffen! Die bekannt zuverlässige Verarbeitung, die erprobte Paßform ist eine echte FISSER-Leistung!

DER BLAUE ANZUG

Auch dieser Spezial-Anzug fehlt natürlich nicht unter den 38ern! Vom Oberstoff aus reiner Wolle bis zur letzten Naht ist auch er eine Leistung besonderer Art!

DER SCHWARZE ANZUG

In Zeiten da sich nicht jeder Mann einen Smokig oder Frack leisten will ist gerade der schwarze Anzug ganz besonders beliebt! Die Qualität ist eine echte Fisser-Leistung!

DER SPORT-ANZUG

Hier haben wir unser ganzes Können u. unsere weitreichenden Verbindungen aufgewandt um etwas wirklich Außergewöhnliches zu bieten! Es ist uns gelungen! Sie werden es bestätigen!

DER GABARDINE-MANTEL

Es gibt nur wenige Tage im Jahre, da Sie ihn nicht tragen können und gerade deshalb ist es unser besonderer Stolz, auch diesen wertvollen Mantel zu 38 Mark bringen zu können.

FISSER

Westmünsterlands größtes Spezialhaus für Herren- und Knabenbekleidung

NORDSTRASSE 39

HERDE ÖFEN

„JUNO", „KÜPPERSBUSCH", „JUNKER UND RUH"

570e

Herde und **Öfen**, die diese Namen tragen, bieten Ihnen **mehr** als Sie erwarten.

Nichts ist **besser, sparsamer, dauerhafter** und **billiger.**

Erkundigen Sie sich im **einzigen Fachgeschäft am Platze,** Sie werden dann überzeugt sein, daß Sie bei uns am **besten** kaufen.

ALOYS HUNGERKAMP

Inh.: Aloys & Heinrich Hungerkamp.

Ravardistraße (Mittelstandshaus, gegenüber Capitol)

HERDE ÖFEN

Kohlenvertrieb „Glückauf"

Terörde & Co. KOM. GES. **Bocholt** **Kohlen. Koks. Briketts**

Kontor: Zechen: Eigener Eisenbahnanschluß